



**REGLEMENT
BETREFFEND
VERWALTUNGSGE-
BÜHREN IM
RAUMPLANUNGS- UND
BAUWESEN**

26. JULI 1995

DIE GEMEINDEVERSAMMLUNG

gestützt:

Auf das Gesetz vom 25. September 1980 über die Gemeinden (GG);

Auf das Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981 zum Gesetz über die Gemeinden (ARGG);

Auf das Ausführungsreglement vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 (AR/RPBG)

erlässt:

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 Gegenstand

1.1

Gegenstand des vorliegenden Reglementes ist die Erhebung von Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen.

1.2

Das Reglement legt insbesondere den Kreis der Abgabepflichtigen, den Gegenstand der Abgaben, sowie deren Berechnungskriterien und Höchstbeträge fest.

Artikel 2 Kreis der Abgabepflichtigen

Schuldner der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben ist der Gesuchssteller, welcher das Gemeinwesen um eine oder mehrere der in Artikel 3 bezeichneten Leistungen ersucht.

II. VERWALTUNGSgebÜHREN

Artikel 3 Gebührenpflichtige Leistungen

3.1

Der Gebührenpflicht unterliegen:

a)

Die Begutachtung von Vorprüfungsgesuchen und definitiven Gesuchen betreffend Detailbebauungspläne;

b)

Vorprüfungsgesuche, Gesuche um Standortbewilligung sowie endgültige Gesuche betreffend Bauprojekte.

Der Begriff des Bauprojektes umfasst die Erstellungs-, Wiederaufbau, Umbau, Vergrößerungs-, Instandstellungs-, Abbruch- und Materialausbeutungsarbeiten sowie alle anderen bewilligungspflichtigen Arbeiten.

3.2

Der Gebührenpflicht unterliegen ebenfalls die Kontrolle der Arbeiten sowie die Ausstellung des Uebereinstimmungsnachweises und der Bezugsbewilligung.

Artikel 4 Berechnungskriterien

4.1

Die Gebühren setzen sich aus einer Grundtaxe und einer proportionalen Gebühr zusammen. Die Grundtaxe dient zur Deckung der Kosten der Eröffnung und Erledigung eines Dossiers (Abs. 2). Die proportionale Gebühr wird nach Zeitaufwand berechnet (Abs. 3).

4.2

Die Grundtaxe beträgt:	Einfaches Verfahren	Fr.	50.--
	Ordentl. Verfahren	Fr.	100.--

4.3

Für die proportionale Gebühr gilt ein Stundentarif von Fr. 100.--.

Wenn die Komplexität des Gesuchs jedoch den Beizug eines Spezialisten wie z.B. eines Ingenieurs, Architekten oder Ortsplaners erfordert, werden die tatsächlichen Kosten berechnet.

Artikel 5 Höchstbetrag

Die Gemeindegebühr darf Fr. 5'000.-- nicht übersteigen.

III. GEMEINSAME BESTIMMUNG

Artikel 6 Zeitpunkt der Erhebung

6.1

Die Verwaltungsgebühren werden bei der Genehmigung der Detailbebauungspläne oder der Erteilung der Bewilligung erhoben.

6.2

Bei den Vorprüfungsgesuchen wird die Verwaltungsgebühr innert sechs Monaten seit Zustellung des Vorprüfungsberichts erhoben, sofern innert dieser Frist nicht ein endgültiges Gesuch eingereicht wird.

6.3

Für jede nicht bei Fälligkeit bezahlte Verwaltungsgebühr wird ein Verzugszins zum Zinssatz der 1. Hypotheken der Freiburger Staatsbank sowie ein Strafzins von 2 % geschuldet.

Artikel 7 Rechtsbehelfe

7.1

Einsprachen gegen Gebührenpflicht und -betrag der in diesem Reglement vorgesehenen Abgaben sind schriftlich und begründet innert 30 Tagen nach Erhalt der Zahlungsverfügung an den Gemeinderat zu richten.

7.2

Der Einspracheentscheid des Gemeinderates kann innert 30 Tagen seit Erhalt beim Oberamtmann mit Beschwerde angefochten werden.

IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 8 Aufhebung

8.1

Alle früheren, dem vorliegenden Reglement zuwiderlaufenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Artikel 9 Inkrafttreten

9.1

Das vorliegende Reglement tritt mit der Genehmigung durch die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion in Kraft.

So angenommen von der Gemeindeversammlung vom
28. April 1995

Der Ammann:

Der Schreiber:

Ernst Maeder

Urs Etter

Genehmigt von der Baudirektion

Der Baudirektor:

Freiburg, den 26. Juli 1995